

# ZBB 1999, 241

**BGB §§ 278, 607**

**Zur Aufklärungspflicht einer finanziierenden Bank bei steuersparenden Erwerbermodellen**

OLG München, Urt. v. 18.02.1997 – 5 W 3408/96, WM 1999, 1416

**Leitsätze:**

1. Eine finanziierende Bank schafft mit der Überlassung der Formulare für „Selbstauskunft“ an einen Finanzierungsvermittler keinen besonderen Gefährdungstatbestand, der eine Aufklärungspflicht auslöst. Daraus kann nämlich nicht geschlossen werden, daß die Bank die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens für einen Erwerber im Interesse von Kaufinteressenten geprüft und für gut befunden hat.
2. Selbst wenn ein Kreditvermittler als Verhandlungsgehilfe einer Bank anzusehen ist, beschränkt sich die Zurechnung nur auf die Anbahnung des Kreditvertrages. Dazu gehören nicht Angaben des Kreditvermittlers über die Belastung des Erwerbers wegen Miethöhe und Steuerrückerstattungen.